

ge teilt die Bank mit, dass sie sich an die Blockade der USA und den „Gemeinsamen Standpunkt der EU“ halten müsse.

- › **13. April 2007:** Die österreichische Bank BAWAG kündigt alle Konten ihrer cubanischen Kunden mit der Begründung, dass der Verkauf der Bank an die US-amerikanische Bank CERBERUS dies erfordere. Außenministerin Ursula Plassnick stellt am 26. April Strafantrag. Zum 4. Mai 2007 nahm die BAWAG ihre Entscheidung zurück und CERBERUS erhielt eine Ausnahmegenehmigung der USA.
- › **November 2011:** Paypal Europe hat im Streit um eingefrorene Konten deutscher Onlinehändler, die mit cubanischen Waren handeln, einem Vergleich zugestimmt. Der Zahlungsabwickler hatte versucht, die Veröffentlichung dieser juristischen Einigung zu verhindern.
- › **Mai 2013:** Der britischen NGO „Cuba Solidarity Campaign“ wurde die Bezahlung einer Rechnung des Verlages Monthly Review Foundation in den USA untersagt. Der British Bank, die die Überweisung vornahm, teilte man mit, dass das Geld einbehalten wurde und eventuell durch Zahlung von Bankgebühren zurückerhalten werden könne.
- › **28. Juni 2013:** Die italienische Bank Intesa Sanpaolo musste 3 Mio. US-Dollar an die USA zahlen, weil sie von 2004 bis 2008 insgesamt 53 Geldüberweisungen für Cuba vorgenommen hatten.

› **2009 – 2012:** Die luxemburgische NGO Solidarité Luxembourg–Cuba möchte in Deutschland ein Mikroskop kaufen, das in Havanna für Gehirnoperationen benötigt wird. Der deutsche Hersteller verweigert den Verkauf.

› **Herbst 2013:** PayPal schädigte die deutsche Heavy-Metal-Band COR. Die Musiker wollten über eine Spendenplattform im Internet etwa 8 000 Euro für eine Tour nach Cuba sammeln, doch PayPal sperrte das Konto und fror zugleich knapp die Hälfte der bereits zugesagten Spenden ein.



Abstimmung in der UNO zur US-Blockade

NETZWERK CUBA – informationsbüro – e.V.
Weydingerstraße 14 – 16, D-10178 Berlin
Fon: 030-24 009 338
Mail: info@netzwerk-cuba.de
Web: www.netzwerk-cuba.de

**NETZWERK CUBA**
– informationsbüro – e.V.

US-Blockade und „Gemeinsamer Standpunkt“ der EU

Die Folgen für Cuba



Der „Gemeinsame Standpunkt der EU betreffend Cuba“

Der „Gemeinsame Standpunkt der Europäischen Union betreffend Cuba“ wurde 1996 durchgesetzt. Dies erfolgte auf Druck der US-Regierung und wurde maßgeblich vom damaligen Ministerpräsidenten Spaniens, José María Aznar, durchgeboxt. Gegen keinen anderen Staat hat die EU eine solche einseitige Politikgrundlage wie gegen Cuba.

Der anmaßende und herrische Charakter des „Gemeinsamen Standpunktes“ wird gleich in seinem ersten Satz deutlich: „Die EU verfolgt in ihren Beziehungen zu Cuba das Ziel, einen Prozess des Übergangs in eine pluralistische Demokratie und die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie eine nachhaltige Erholung und Verbesserung des Lebensstandards der cubanischen Bevölkerung zu fördern.“ Und weiter „vertritt die EU den Standpunkt, dass eine umfassende

Zusammenarbeit mit Cuba von Fortschritten im Bereich der Menschenrechte und der politischen Freiheit abhängt.“ Hierdurch wird die Souveränität Cubas angegriffen, denn das cubanische Volk hat seine Gesellschaftsform und Regierung frei gewählt.

Die EU fordert mit ihrem Standpunkt, dass Cuba sein gesellschaftliches System hin zum Kapitalismus ändert, sich für kapitalistische Ausbeutung öffnet und sich einreicht in die Front der mit dem Neoliberalismus „gesegneten“ Staaten. Darum ist dieser Standpunkt den meisten EU-Eliten so wichtig, und sie versuchen, ihn – im Schulterschluss mit der US-Administration – zu erhalten. Es ist ein Instrument für Druck gegen Cuba und ein Zeichen von Überheblichkeit und Anmaßung.

Ein Werkzeug des kalten Krieges

Der Gemeinsame Standpunkt stellt das Haupthindernis für die Gestaltung von normalen Beziehungen zwischen der Europäi-

schen Union und Cuba dar. Wann immer versucht wird, die Beziehungen zu Cuba zu verbessern, zu normalisieren bzw. den „Gemeinsamen Standpunkt“ zu ändern, wird dies massiv von rechten, von der US-Administration beeinflussten Kräften in der EU torpediert. Meist wird von ihnen mit Provokationen, gezielten Falschmeldungen und Medienkampagnen die Stimmung gegen Cuba angeheizt und der Kalte Krieg weitergeführt.

Wie für jedes andere Land ist diese imperiale Offensive auch für Cuba unannehmbar, denn es würde bedeuten, dass das Land seine Souveränität aufgibt, welche sich die Cubaner/-innen in langen Kämpfen schwer und blutig erstritten haben und die sie bis heute mutig, beharrlich und unter großen Entbehrungen verteidigen.

Im Gegensatz zu zahlreichen anderen Staaten, mit denen die EU z.T. freundschaftliche Beziehungen unterhält, achtet Cuba die Menschenrechte und verfolgt eine nachhaltige Entwicklung. Es leistet vor allem in sozialer Hinsicht Vorbildliches, erfüllt viele der Millennium-Entwicklungsziele der UN bereits seit langem, gibt immense internationale Hilfe an bedürftige Länder (proportional viel höher als die der EU), und führt keine Kriege. Daher ist die Doppelmoral der EU-Politik ein Skandal.

Alternative Zukunft

Demgegenüber ist es an der Zeit, dass die EU ihren Kalten Krieg gegen Cuba endlich aufgibt und faire, zukunftsorientierte Beziehungen zu Cuba zu allseitigem Nutzen aufbaut. Die EU muss in Anbetracht der positiven Entwicklungen in Lateinamerika selbstbewusst gegenüber den USA eine neue und zukunftsfähige Politik gegenüber Cuba entwickeln und umsetzen.



Die mehrere Hundert Gruppen umfassende Solidaritätsbewegung in Europa mit Cuba fordert daher von der EU und den europäischen Staaten die folgenden Schritte einzuleiten und umzusetzen:

- Der „Gemeinsame Standpunkt der Europäischen Union betreffend Cuba“ aus dem Jahr 1996 ist unverzüglich aufzugeben.
- Die Mitgliedstaaten der EU halten wir für verpflichtet, sich gegenüber ihrem transatlantischen Partner USA dafür einzusetzen, dass die US-Regierung die seit 20 Jahren fast einstimmig unterstützten Resolutionen der UN zur Beendigung ihrer inhumanen und völkerrechtswidrigen Blockade gegen Cuba endlich umsetzt.
- Die EU und die europäischen Staaten müssen sich spürbar für einen Stopp der subtilen völkerrechtswidrigen Destabilisierungsversuche seitens der US-Administration und dafür einzusetzen, dass die USA die völkerrechtswidrigen Akte

gegen Cuba einstellen (Subversion, Besetzung von Guantánamo usw.).

- Die EU und die europäischen Staaten müssen stattdessen eine faire und zukunftsfähige Cuba-Politik entwickeln und auf den Weg bringen. Sie müssen dabei anerkennen, dass das souveräne Cuba das Recht hat, einen selbstbestimmten und sozialistischen Entwicklungsweg zu gehen.

Die Cuba-Solidaritätsbewegungen in den europäischen Ländern werden verstärkt auf die Durchsetzung dieser Forderungen hinwirken.

- **Kontakt:** Netzwerk Cuba e.V.
www.netzwerk-cuba.de

Die Blockade („Embargo“) der Vereinigten Staaten gegen Cuba

Die Blockade (span. „el bloqueo“, unzutreffend im Westen Embargo genannt) umfasst zahlreiche Maßnahmen im Handels-, Wirtschafts- und Finanzbereich, die sich gegen die Regierung und das Volk Cubas richten. Zudem haben sie Negativwirkungen für Unternehmen und Institutionen anderer Staaten – daher „Blockade“. Die ersten Maßnahmen wurden 1960 von Präsident Dwight D. Eisenhower verhängt, u. a. nachdem die cubanische Regierung eine Agrarreform umgesetzt sowie Ölkonzerne der USA enteignet hatte, weil diese sich geweigert hatten, dringend benötigtes Öl aus der UdSSR zu raffinieren. Die US-Blockade wurde seitdem in mehreren Schritten verschärft und ergänzt.

1992 wurde die Blockade mit dem Cuban Democracy Act (bzw. Torricelli Act) auf US-Unternehmen im Ausland ausgeweitet. Er enthält u. a. die Bestimmung, dass Schiffe, die einen kubanischen Hafen angelau-

fen haben, 180 Tage lang keinen Hafen in den USA ansteuern dürfen.

1996 verabschiedete der US-Kongress den Helms Burton Act, mit dem die Blockade sogar als Gesetz der USA festgeschrieben wurde. Damit wurden auch die Möglichkeiten von US-Bürgern, mit Cuba Geschäfte zu treiben, weiter eingeschränkt. Dieses Gesetz enthält Restriktionen für jegliche öffentliche oder private Unterstützung für den cubanischen Staat, bis wesentliche Forderungen der USA an die cubanische Regierung erfüllt sind.

Ende der 1990er Jahre erzwangen Farmer der USA eine Lockerung der Blockade für den Export von Lebensmitteln aus den USA nach Kuba. Im Jahr 2000 unterzeichnete US-Präsident Bill Clinton ein entsprechendes Gesetz.

Gegenwärtig (Winter 2013/2014) ist die Blockade, die unmittelbar für US-Unternehmen oder Unternehmen gilt, in denen US-amerikanisches Kapital steckt, weiterhin in Kraft. Es ist das am längsten andauernde „Handelsembargo“ in der modernen Geschichte.

Diese Blockade hat dem cubanischen Staat und damit auch seiner Bevölkerung bis heute mehr als 1 000 Milliarden US-Dollar Schaden verursacht.

- **Lesetipp: Salim Lamrani: „The Economic War against Cuba. A Historical and Legal Perspective on the U.S. Blockade“**, New York: Monthly Review Press, 2013, <http://monthlyreview.org/press/books/pb3409/>

Die Blockade trifft auch Europa

- **Februar 2011:** Die Bank ING Luxemburg verweigert einem ihrer Kunden die Überweisung von Geld an die NGO Solidarité Luxembourg – Cuba. Auf Nachfra-